

Volksrecht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.43 Rmt., monatlich 1.55 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. auswärts 22 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 32 und 217 39, Redaktion Nr. 212 38. Postfachkonto: Breslau 58 52. Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 21. April 1932

Nr. 93

Hitler steht hinter den Borheimer Blutdokumenten

Neue Urkundensfunde der Behörden, daß die Pläne vorher mit der Reichsleitung der NSDAP. beraten wurden

Darmstadt, 20. April (Eigener Drahtbericht)
Aus einer amtlichen Mitteilung der hessischen Regierungs-Pressestelle geht hervor, daß die berühmtesten Borheimer Dokumente des hessischen Nazi-Abgeordneten Dr. Best im Einvernehmen mit dem Münchener Braunen Haus entstanden sind. Unter dem bei den Hausdurchsuchungen in Hessen anlässlich des SM- und SS-Verbots beschlagnahmten Material befindet sich u. a. auch ein Schreiben, das der Leiter der Rechtsabteilung des Braunen Hauses der NSDAP, der Verfasser der Borheimer Dokumente, Dr. Best, an die Reichsleitung der NSDAP in München berichtet hat. Das Schreiben stammt vom 6. September 1931, wodurch erwiesen ist, daß die Behauptungen, das Borheimer Dokument sei im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juli 1931 entstanden, nicht zutreffen.

Aus dem betreffenden Schreiben geht hervor, daß die Borheimer Dokumente in wichtigen Teilen nach vorheriger Anfrage bei der Reichsleitung der NSDAP, und nach Klärung bestimmter Vorfragen mit der Reichsleitung verfaßt worden sind. Insbesondere ist die Reichsleitung zur Stellungnahme in der Frage aufgefordert worden, ob die Beschlagnahme aller Lebensmittel durch die Nationalsozialisten entschädigungslos oder gegen Requisitionsscheine erfolgen solle. Die im Borheimer Dokument enthaltene Forderung der entschädigungslosen Enteignung aller Lebensmittel, einerseits ob sie sich in den Händen des Produzenten oder des Weiterverkäufers befinden, dürfte demnach auf Grund der Stellungnahme der Reichsleitung und mit ihrem Einverständnis erfolgt sein.

Die von niemand ernst genommene Ausrede, daß das Borheimer Dokument erst für den Fall eines vorhergehenden Kommunistenputsches in Kraft treten sollte, erscheint nach dem Schreiben in einem ganz neuen, besonders beachtlichen Lichte. Angenommen, diese Behauptung wäre richtig, so ergibt sich recht die unheimliche Tatsache, daß die NSDAP, gekonnt von diesem von ihr erwarteten kommunistischen Umsturzversuch nicht ebenfalls sofort mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Die NSDAP, so heißt es in diesem Schreiben, sei nicht verpflichtet, den Erfolg eines solchen Versuches zu verhindern.

Der Plan ging vielmehr dahin, die Städte den kommunistischen Umstürzern zu überlassen und sich aufs Land zurückzuziehen, um dann die Städte zu zernieren und auf diese Weise die Reichsgewalt an sich zu reißen.

In dem bei den letzten Hausdurchsuchungen in den Naziräumlichkeiten gefundenen Briefwechsel des Verfassers der Borheimer Dokumente mit der Reichsleitung der NSDAP, aus dem hervorgeht, daß Hitler und seine Kumpanei von den Borheimer Dokumenten genau so gut wußten wie dessen Verfasser und daß die Behauptung, von diesen Dokumenten nichts gewußt zu haben, eine freche Lüge ist, heißt es in dem Brief des Dr. Best wörtlich:

- Ich sehe nur zwei Möglichkeiten der Entschädigungsfrage:
1. Wir geben für jede Beschlagnahme Gutscheine aus, die a) entweder als Requisitionsscheine später eingelöst werden oder b) als Geldersatz oder Ersatzgeld zunächst in dem betreffenden Gebiet Umlauffähigkeit besitzen und später eingelöst werden.
 2. wir beschlagnahmen ohne Gegenleistung, dafür wird vorübergehend reine Naturalwirtschaft eingeführt. Jeder hat alle Lebensmittel (im weitesten Sinne) an uns abzuführen und erhält das für ihn Notwendige zugeteilt. Jeder Handel und Geldverkehr ist verboten. Jede Zwangsversteigerung, jeder Zinsenlauf, jede Mietzahlung usw. (selbstverständlich auch jede Steuerpflicht) ist aufgehoben. Jede Vermögensverchiebung ist unwirksam. So wird als

mittelbare Gegenleistung für die Beschlagnahme des gesamten Wirtschaftsertrages (landwirtschaftliche Ernte, gewerbliche Produktion, Zins- und Mietertrag usw.) der gegenwärtige Vermögensstand gegen jede Veränderung sichergestellt.

Selbstverständlich wird auch die Arbeitskraft der Menschen beschlagnahmt und im Wege einer Dienstpflicht für die Produktion der Lebensbedürfnisse und für die Erhaltung der Vermögenswerte — Häuser usw. — eingesetzt. Um zu wissen welche Anordnungen zu erwerfen und der regionalen Führung im Ernstfall zur Verfügung zu stellen sind, müssen wir die Ansichten und Absichten der Reichsleitung kennen. Ich bitte deshalb, die

3 1/2 Milliarden hat der Preussische Staat aus den Mitteln des Hauszinssteuerertrags

für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Insgesamt sind seit der Inflation

1,139 Millionen Wohnungen

mit Hilfe öffentlicher Mittel gebaut worden.

Das Ziel der neuen preussischen Wohnungswirtschaft ist die Beseitigung der Mietskaserne, die dem Volk Luft und Licht nimmt. Sie ist in dem bisherigen Ausmaß nur fortzuführen mit Braun und Severing.

Darum wählt am Sonntag Liste 1

folgenden Fragen zu prüfen und die Entscheidung der zuständigen Stelle in der Reichsleitung herbeizuführen:

- Ist die Führung der NSDAP, falls nach Ablauf der vorangezeichneten Entwicklung die Reichsgewalt bei ihr liegt, bereit,
1. entweder die von den regionalen Führungen ausgegebenen Gutscheine von reichswegen einzulösen?
 2. die zur Erhaltung des Vermögensstandes angeordneten Maßnahmen: Vollstreckungsmoratorium, Nichtigkeit von Rechtsgeschäften, Aufhebung des Laufs aller Zinsen und sonstigen laufenden Zahlungen usw., mit Rückwirkung Gesetz werden zu lassen?

Zum Schluß wird die Reichsleitung der NSDAP gefragt, ob die Rechtsabteilung der Reichsleitung zuständig und bereit ist, diese Fragen vorzuprüfen und mit ihrem Gutachten der zuständigen politischen Instanz zur Entscheidung vorzulegen.

Aus diesem Brief des Dr. Best ergibt sich, daß die Juristen der NSDAP, mit den Vorbereitungen zum Bürgerkrieg genau so fleißig gewesen sind wie ihre Militärs. Ferner ergibt sich aus ihm, daß die Reichsleitung Kenntnis davon hatte, welche hinverbrannten Pläne ausgearbeitet wurden und daß sie nichts tat, um dem Unfug zu steuern.

Preussische Rechtspflege

Von Erich Ruttner, M. d. L.

Die Justiz ist von Anfang an ein Sorgenkind der Republik gewesen. Mit dem vom Obrigkeitsstaate übernommenen Richtermaterial ließ sich eine nach neuzeitlichen Gesichtspunkten orientierte Rechtspflege nicht gestalten. Andererseits zwang der allgemeine Notstand des Zusammenbruchs im November 1918 dazu, wenn man überhaupt eine geordnete Rechtspflege beibehalten wollte, die vorhandene Richterschaft zu übernehmen und ihre Unabhängigkeit zu garantieren.

Die Sonderstellung des Richters, die durch die Weimarer Verfassung besonders garantiert wurde, seine Unabsehbarkeit und Unersetzbarkeit, macht die Personalpolitik auf dem Gebiet der Justiz besonders schwierig. Das einzige Nachmittel, das die Verwaltung gegenüber frontierenden Richterelementen besaß, ist die in ihrer Hand liegende Anstellung und Beförderung, in besonders schweren Fällen auch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Aber gerade dieses ist nur möglich, wo klare Verstöße bössartiger Natur vorliegen.

Unter dem ersten preussischen Justizminister, dem alten Zentrumsmann Am Jahnhoff, blieb ziemlich alles beim alten. Erst unter seinem Nachfolger, dem jüngeren Zentrumsdemokraten Schmidt-Lichtenberg setzte Besserung ein. Unter ihm wurden verschiedene Republikaner und Sozialdemokraten in größerer Zahl ins Justizministerium berufen, ebenso wurden eine Reihe von Präsidien und sonstigen entscheidenden Posten mit Republikanern besetzt. Gleichzeitig wurde auch die Staatsanwaltschaft reformiert. Man kann keineswegs behaupten, daß diese Republikanisierung des Justizapparats überstürzt oder übermäßig gewesen wäre. Im Gegenteil: auch heute noch dürften mindestens Vierfünftel aller Richter den Rechtsparteien nahestehe. Aber schon die ersten bescheidenen Anlässe einer Besserung genügten, um ein Wutgeheul und eine systematische Hege auf der Rechten auszulösen. Unter dem Schlagwort der „Geheulenen Justiz“ suchte die Reaktion die geringen Reformen zu gerschlagen. Das Wort war ein Hohn auf die Tatsachen. War doch die Justiz nie und nirgends so geheult worden wie im Kaiserreich, wo sie als Instrument des Obrigkeitsstaates verpflichtet und gezwungen war, gegen alle oppositionellen Bestrebungen mit unerschütterlicher Schärfe, wenn nötig, unter handgreiflicher Vergewaltigung von Gesetz und Rechtsgesühl vorzugehen. Der Magdeburger Fall Haas-Killing spitzte sich zu einer Entscheidungskampf um die republikanische Rechtspflege zu, — und die Republik siegte! Es stellte sich klar heraus, daß die Magdeburger Richterkonferenz unter Führung des „Fürsten“ von Magdeburg, des Vizepräsidenten am Landgericht Hoffmann drauf und dran gewesen war, aus reaktionär fanatischer Verblendung einen Unschuldigen aufs Schafott zu liefern.

Nach der sensationellen Aufklärung des Magdeburger Falles trat bei vielen Richtern, die bis dahin gegen die Republik gestanden hatten, eine starke Ernüchterung und Selbstbestimmung ein. Es kamen einige Jahre erträglicher Rechtspflege, bis die Naziwelle die Gemüter von neuem aufpeitschte und auch in die Gerichtssäle verheerend hineinschlug. Wo Richter von dem Fanatismus der Stille erfaßt werden, ist es mit der tatsächlichen Unparteilichkeit der Rechtspflege natürlich vorbei, mögen diese Richter auch selber sich ihren Fanatismus nicht eingestehen. Solche Nazirichter sind in den letzten Jahren wiederholt herangezogen, so z. B. der Richter Gau in Glogau, der Richter Sunkel in Rothenburg bei Kassel u. a. m. Der letztere hat es fertiggebracht, einen Naziagitator freizusprechen, der die bekannte Verleumdung wiederholt hatte, daß der „Vorwärts“ von dem Bankdirektor Goldschmidt 800 000 Mark erhalten und sich dafür verpflichtet habe, nichts gegen die Juden zu schreiben. In der Urteilsbegründung erklärte Sunkel, daß diese Behauptung — für den Chefredakteur des Blattes nicht ehrenränkend sei! — Die Gerichte in Niederschlesien haben zugunsten der nationalsozialistischen Verleumder die „fortgesetzte Handlung“ konstruiert;

WÄHLT Sozialdemokraten

LISTE 1

Breslauer Nachrichten

Jeder ist Wahlredner

Diskutiere im Betrieb, an der Stempelstelle, beim Einkauf, im Gespräch mit Bekannten und Fremden Hier das notwendige Material

Arbeiterfragen

Für die 40-Stunden-Woche!

Im Oktober 1930 forderte die sozialdemokratische Fraktion im Preussenparlament durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Die preußische Regierung sollte auf die Reichsregierung einwirken, daß baldmöglichst ein Gesetzesentwurf vorgelegt wird, in dem die Senkung der Arbeitszeit in den Betrieben auf 40 Stunden bei entsprechendem Lohnausgleich angeordnet wird.

Preußen schafft zusätzliche Arbeitsgelegenheit

Preußen hat durch die Schaffung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiet der Meliorationen, der Straßenbauten, der Kraftgewinnungsanlagen, Talsperren, Hochwasserschuttbauten, durch den Bau von Wasserleitungen und Kanalisationen und durch die Errichtung von Sport- und Erholungsanlagen bis zum Ablauf des Jahres 1930 über 121 Millionen Arbeitslohnentagwerke geschaffen.

Dem notleidenden Eisenbahnbau an Sieg, Bahn und Wilt sind seit Jahren zur Aufrechterhaltung der Betriebe und zur Weiterbeschäftigung der Arbeiter beträchtliche staatliche Beihilfen zugesprochen.

Preußen bürgt mit 300 Millionen für Rußland

Zur Durchführung seines Fünfjahresplanes hat Rußland auch in Deutschland umfangreiche Industrieaufträge vergeben, deren Bezahlung auf längere Zeit hinausgestellt ist.

Sie forderten die Arbeitsdienstpflicht!

Im Februar 1929 verlangte ein deutschnationaler Antrag die gefällige Einführung einer staatlich geregelten Arbeitsdienstpflicht, der sich alle Deutschen männlichen Geschlechts im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Dauer von zwölf Monaten zu unterziehen haben.

Von dem Abg. Freiliche (Wormsleben) wurde in der

Sitzung des Landtags (31. Januar 1931) auf das Beispiel der „Armanen“ — einer gelben, nationalsozialistisch eingestellten Organisation — hingewiesen. Diese hätten, bewiesen, daß es mit einem täglichen Fuhrbedarf von 65 Pf. pro Kopf, also mit 273 Mark im Jahre für einen Menschen gelungen ist, 15 000 Menschen in der Landwirtschaft anzulegen, um den polnischen Arbeiter wenigstens teilweise dort zu verdrängen.

Mit diesem „Lohnfah“ kann wahrhaftig kein freier Arbeiter

konfiszieren. Der Handelsminister Schreiber hat sich gegen die Einführung des Arbeitsdienstes ausgesprochen. Wenn man nur die Unterhaltungskosten für einen Gefangenen mit jährlich 1055 Mark anrechnet, dann hat man einen Anhaltspunkt für die Höhe der Gesamtkosten.

Von der Wahlbewegung

Saplerversammlung wegen der nicht erschienenen Massen abgefragt

Die Wahlpropaganda am Mittwoch zeitigte verschiedene interessante Ergebnisse. Zunächst wurde ein von der SAP, angemeldet und von der Polizei auch genehmigter Fackelzug von den Verantwortlichen abgeblasen.

Flucht aus dem Leben

In der vergangenen Nacht hörte eine Streife der Wasserschutzpolizei in der Nähe der Dampferhalle an der Sandbrücke fünf Revolverhölzer. Die im Motorboot fahrenden Beamten legten an und fanden am Sandbänken auf der Promenade den 21-jährigen Musikantler Erwin St. aus Bregg schwer verletzt auf.

Die Tragödie der Breslauer Bürgerpresse

„Schlesische Zeitung“ und „Neueste Nachrichten“ als Naziorgane

Zeitung in der von Klassen und Parteien zerklüfteten kapitalistischen Gesellschaft heißt nicht nur bloße Nachrichtenübermittlung, sondern auch Stellungnahme zu den ewig schwankenden Ereignissen im politischen gesellschaftlichen Leben. Stellungnahme aber ist Parteinahme, heißt Bekenntnis.

Diese Tragödie der Bürgerpresse, die zeitweilig zu einer lustigen Komödie ausartet, erleben wir bereits seit längerer Zeit hier in Breslau bei der „Schlesischen Zeitung“ und den „Neuesten Nachrichten“.

Die „Schlesische Zeitung“, die sich in den letzten Monaten immer mehr mit allem, was links vom Nationalsozialismus steht, herumbalkt und in ihrem inneren Betriebe — wie es erst unlängst auf dem Arbeitssachricht feststellte — „ein Haus voll von mißvergnügten und einander belauernden Menschen“ ist.

Der Chefredakteur dieses Blattes hätte, statt solche Direktiven an seine Redakteure zu geben, besser getan, jedem dieser Herren die Nummer der nationalsozialistischen „Tageszeitung“ auf den Tisch zu legen, in denen vor gar nicht allzu langer Zeit die Sätze standen:

„Die „S. N.“ unter ihrem jüdischen Chefredakteur Dr. Zugradnar haben nach jahrelangen Irrungen, in denen sie mit Spott und den bei der Stimmpropaganda üblichen Falschmeldungen den Nationalismus bekämpft haben.“

Deutlich fordert sie an anderer Stelle Konsequenzen von ihrem Eruberblatt:

„Die „Schlesische Zeitung“ darf ihre ständige Leserschaft, die sich durch Tradition und Interesse für Familienangelegenheiten noch immer an sie gebunden fühlt, nicht so einschüchtern, daß sie meint, eine solche politische Einstellung in der letzten Zeit werde nicht von ihr wahrgenommen.“

Leiche aus der Ober gelandet

An der Marienmühle, unweit der Gneisenaustraße, wurde heute vormittag die Leiche eines zehnjährigen Knaben aus der Ober gezogen.

Fahnen in die Rundgebung!

Auch zur Rundgebung am Freitag, müssen sämtliche Fahnen der „Eisernen Front“, der Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner und Sportler um 19.30 Uhr in den Rundgang des Zirkus Zujak gebracht sein.

Arbeitende Jugend!

Alles auf zur Jungwähler-Rundgebung

der SPD. am Donnerstag, den 21. April 1932, 20 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Redner: Parteivorsitzender Genosse Ernst Zimmer.

Mitwirkende: Musikgruppe des ZdA.

Massen heraus!

Sozialistische Arbeiterjugend — Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten — Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten — Freigewerkschaftliches Jugendkartell — Sportlerjugend — Helferkreis der Arbeiter-Kinderfreunde — Jugend des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

das aber offen und ohne Bestechung tun, und die Zeitung der NSDAP um die Erlaubnis bitten, ihre Titelseite groß und auffällig mit dem Hakenkreuz zu versehen.“

Wir wollen es ruhig den Lesern der „Schlesischen Zeitung“ überlassen, wie sie sich weiter zu diesem Balk-Organ verhalten und ob sie es für gut finden, wenn — wie es bei der letzten Reichstagswahl der Fall war — in diesem Blatt wieder für ein halbes Duzend Listen Propaganda gemacht wird.

Deutlicher und entschiedener müssen wir uns aber gegen den Nazifortschritt in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ wenden, da noch viele Leser — unter ihnen manche Arbeiter — glauben, immer noch den alten „neutralen General“ vor sich zu haben.

Der Chefredakteur dieses Blattes hätte, statt solche Direktiven an seine Redakteure zu geben, besser getan, jedem dieser Herren die Nummer der nationalsozialistischen „Tageszeitung“ auf den Tisch zu legen, in denen vor gar nicht allzu langer Zeit die Sätze standen:

„Die „S. N.“ unter ihrem jüdischen Chefredakteur Dr. Zugradnar haben nach jahrelangen Irrungen, in denen sie mit Spott und den bei der Stimmpropaganda üblichen Falschmeldungen den Nationalismus bekämpft haben.“

Aus dem „ab und zu“ ist nun bereits recht viel geworden und es ist wohl anzunehmen, daß dieser Gesinnungswandel heute eine bessere Bewertung findet.

—ig.

O, dieser Schlaumeier!

Die „SZ.“ hat wirklich einen jabelhaften Theaterreferenten. Nur macht er offenbar gern einmal ein Niederträgen. Doch jetzt ist er endlich aufgewacht und hat tatsächlich am 20. April bereits gemerkt, daß ich am 7. April in der „Volkswacht“ gewisse bürgerliche Theaterkritiker Breskaus verdrängt habe.

Feiertagsrückfahrten auch zu Pfingsten

Die Reichsbahndirektion hat sich, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, entschlossen, auch zu Pfingsten verlängerte Rückfahrkarten mit einem Rabatt von 33 1/2 Prozent zur Verfügung zu stellen.

Wie zu Ostern, muß bei Benutzung von D-, FD- und FFD-Zügen der tarifmäßige Zuschlag gezahlt werden.

Schöne weiße Zähne

Wenn nach einem Feste die Zähne nicht schön aussehen, so ist dies ein Beweis für unzureichende Pflege. Die „Schöne weiße Zähne“-Werbung enthält wertvolle Ratschläge.

Denkt an den Lohn!

Preußenkampf ist auch Lohnkampf

Iren ist menschlich, aber auf dem Irrtum beharren, ist vor allem in der Wirtschaft — unmenschlich; denn die Folgen dieser Verbortheit haben gerade in einer Krise die breiten Massen auszubaden, weil sie sich dann nur sehr schwer zur Wehr leben können.

Abbau der Binnenmarktlöhne! Das Reichsarbeitsministerium will einen solchen Abbau in bestimmten Grenzen. Die Arbeitgeberseite wollen mehr. Sie verlangen Anpassung, weil sich die Löhne des Binnenmarktes nach dem Wertgefüge des zusammengekrüppelten Weltmarktes der deutschen Wirtschaft richten müßten.

Das graukame Spiel zwischen Preis- und Lohnsenkung soll also nach dem Willen der Arbeitgeberseite so wie bisher fortgesetzt werden. „Der Arbeitgeber“ will mit dem Kopf durch die Wand.

Das nennt man den Teufel durch Beelzebub vertreiben. Dem Arbeiter kann es schließlich doch egal sein, woran er zugrunde geht: am Hunger oder Inflation oder am Hunger des Lohnabbaus.

Man darf also erwarten, daß die Regierung sich nicht noch einmal vor Leuten, die auch künftighin mit Lohnabbau in der Wirtschaft herumzupfuschen wollen, ins Garn loden läßt.

Das Reichsarbeitsministerium mag bei der von ihm geplanten Angleichung der Binnenmarktlöhne an das allgemeine Lohnniveau die Kräfte im Dorf lassen. Es hat jetzt für die Lohnregelung der Bauarbeiter drei Sonderkriterien besetzt.

Kampf gegen die Krise? Ja, wie denn? Aber der Arbeiter hat seinen Teil an diesem Kampf mitzubringen.

demnächst Sonntag stattfindenden Wahlen bieten eine solche Möglichkeit. Man hat schon vor Jahren in Preußen die Ordnungszelle des Reiches genannt. Ein Kind kann heute schon erkennen, daß ohne geordnete Verhältnisse Deutschland seinen schwereren außenpolitischen Kampf, den Kampf gegen die Reparationen und all die anderen entscheidenden Ursachen des Krieges-

Was war das für ein System?

Auch ein Beitrag zur guten alten Zeit

An der Not unserer Zeit ist natürlich das „System“ schuld. Man meint damit kurzweg die Sozialdemokratie, und es ist ziemlich aussichtslos, den verschiedenen Rindsköpfen beweisen zu wollen, daß weder im Reich noch in Preußen bisher eine Möglichkeit bestand, reine sozialdemokratische Politik zu machen.

„Lübecker Bürgerfreund“ (Nr. 21 vom 21. Mai 1847)

Seit acht Tagen, wird aus Schlesien vom 7. Mai geschrieben, wiederholen sich in den Städten an der ganzen Linie des Gebirges alle Szenen des Aufzuges während der Getreidemälte. Die Fruchtpreise steigen von Woche zu Woche und die Spekulanten spannen ihre Forderungen aufs höchste, wodurch sie das Volk reizen.

„Lübecker Bürgerfreund“ (Nr. 31 vom 30. Juni 1847)

Besonders auf dem rechten Oberufer ist die Not schon hoch gestiegen, und man greift zu den unanrührlichen Nahrungsmitteln, zu Grasarten mit Kleie vermischt, um den Hunger zu stillen. Herzzerrend sind die Nachrichten aus dem oberen Weichsellale und den nächstgelegenen Kreisen, wo das Graselien unter der Arbeiterklasse allgemein geworden sein soll.

„Lübecker Bürgerfreund“ (Nr. 32 vom 6. August 1847)

Tragische Berichte über Fälle des wirklichen Hungertods bei der noch herrschenden großen Not gehen auch aus dem Lubliner und Rosenberger Kreise Oberschlesiens ein, und fünf derselben aus dem ersten sind zu öffentlicher Mitteilung von den betreffenden Ortsgerichten speziell aufgeführt und bestätigt worden.

Und dieses System möchten sie wieder einführen, die Hitler, Jugenberg und andere „Patrioten“. Jagt sie am 24. April, daß sie die Beine verlieren.

Wahl Braun-Severing, S. 1

Faschismus ist Schamier, als die Reaktion der Vorkriegszeit

Ein Appell des F.A. an seine Mitglieder. Die Organisation des Zentralverbandes der Angehörigen hatte am Mittwochabend ihre Mitglieder zu einer außerordentlichen Versammlung in der großen Saal des Bürgerhauses eingeladen.

Die Organisation des Zentralverbandes der Angehörigen hatte am Mittwochabend ihre Mitglieder zu einer außerordentlichen Versammlung in der großen Saal des Bürgerhauses eingeladen, in der als Vertreter des Verbandes...

elends nicht erfolgreich führen kann. Ist in Preußen der Trupp der Dritten Reiches ausgeräumt, dann wird sehr bald das ganze Reich wieder die Vernunft die Oberhand bekommen. Die Politik des gesunden Menschenverstandes kommen wir aber nicht weiter.

Der Kampf um Preußen ist nicht nur ein Kampf darum, ob da und dort in der Verwaltung ein paar sozialdemokratische Vandalen sitzen oder nicht. Er ist auch ein Kampf um die Existenz des Arbeiters.

auf den Arbeitnehmern klar werden, daß die Nazis nicht anderes sind, als eine Braun gewordene Fortsetzung der früheren Gelben, die vor dem Kriege von Herrn Siemens besondere Gefährlichkeit wurden.

Unterschiedlich sei nur, daß der Faschismus, läme er zur Macht, eine Reaktion auslösen würde, wie sie die ältesten Kollegen nicht erlebt haben, die die Unterbrüdungen der Vorkriegszeit noch in Erinnerung haben.

Die gut besetzte Kundgebung, die von der Musikabteilung der Jugendgruppe des Verbandes mit einem Musikstück eingeleitet wurde, beschloß ein einträchtiger und mitreißender Sprechchor „Auf an die Angestellten“, der gemeinsame Gesang des Kampfliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und ein Schluß auf den F.A., die Einheitsfront und das Preußen Braun-Severings, in das die Be...

Von der Erwerbslosenversammlung der Metallarbeiter?

oder: Wie die S.W. an die Massen heran will! Ein erwerbsloser Metallarbeiter schreibt uns: Die politische Situation hat in den Köpfen der Menschen eine heillose Verwirrung angerichtet. Diesen Ausdruck des Referenten wird wohl die große Mehrzahl der Kollegen des F.A. zu Recht anerkennen.

Könnte man mit seinen Ausführungen über die Wirtschaftslage ungeteilter Meinung sein, so müßte jeden denkenden Arbeiter doch das Gefühl von der Einigkeit aller Arbeitenden zumindest sehr komisch an. Als Ziegler (zum wiederholten Male?) die viel belungene, aber nie gelungene Einheitsfront mit harten Worten anpreis, wurde er durch den Zuruf: „Und man gründet neue Parteien!“ so in Harnisch gebracht, daß er sofort eine Rechtfertigungsrede vom Stapel ließ, mit der Behauptung, er sei aus der Partei ausgeschlossen worden und wisse nicht warum.

Der Hauptzweck der Versammlung war wohl der zweite Punkt der Tagesordnung, über den ebenfalls Ziegler referierte. Für ihre öffentlichen Versammlungen kann man schmeierlich die Massen nicht aufbringen und so versucht man bei solchen Gelegenheiten an sie heranzukommen. Hitler, Hindenburg, Brüning und S.W. in einer Front, das ist wohl Demagogie, wie sie sich nur Kommunisten leisten konnten.

Die Sommer...

Text block at the bottom left corner.



Nazi-Kundschreiben an Unternehmer

**Arm in Arm mit den Unternehmern gegen die Arbeiter
Die Betriebszellenorganisation als Gelbverein**

Die Nazis haben immer noch die Stirn, zu leugnen, daß sie in einem innigen Konnex mit den Unternehmern stehen, obwohl es evident ist, daß sie von gewissen Industriegruppen ausgehalten und finanziert werden. Es sind nicht jüdische platonischer Freundschaft, die Hitler mit den Scharfmachern an Rhein und Ruhr verbindet und die ihn immer wieder veranlassen, das westdeutsche Industriegebiet aufzusuchen und mit den Schlotbaronen in Düsseldorf exklusiven Lokalen zu zechen; es sind vielmehr jüdische goldener Art, die zwischen dem Braunen Haus und mit den Rhein- und Ruhrherren geknüpft wurden. Und es kommt auch nicht von ungefähr, daß gerade die Blätter der Rechten, die den reaktionärsten Gruppen des Unternehmertums am nächsten stehen, es sind, die über das Verbot der SA und SS am lautesten jeteren. Wir sind heute in der Lage, der Kette der Beweise, daß die Nazis mit den Unternehmern Arm in Arm den Kampf gegen die Arbeiterklasse führen, ein neues Glied hinzufügen zu können. Die Betriebszellen-Abteilung der NSDAP in Bremen hat unlängst folgendes streng vertrauliche Kundschreiben an die Nazi-Unternehmer verschickt.

Das Kundschreiben spricht für sich.

Es zeigt, daß die Betriebszellen-Organisationen der Nazis nichts weiter als Gelbvereine sind.

Aus ihm geht hervor, daß die Nazis gekaufte Elemente aus der Arbeiterschaft bei den Unternehmern unterbringen wollen und daß es im übrigen ihre Absicht ist, die freien Gewerkschaften und ti. fienbewußten Arbeiter aus den Betrieben hinauszudrängen und brotlos zu machen.

Das sind dieselben Methoden, die die Gelben anwandten und noch heute anwenden. Aber so wenig es diesen möglich war, der sozialistischen Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, so wenig wird das verübte Vorgehen der Nazis ausgereicht sein. Die sozialistische Arbeiterschaft ist den Kampf gewöhnt und sie gibt keinen Zinger breit ihre Gefinnung preis, mögen die Nazis auch mit noch so scholten Mittel kämpfen.

Im übrigen wird in dem Anschreiben den Unternehmern aufs neue versichert, daß ihnen die NSDAP nicht das mindeste tun wilf. Was anderes als eine Entlarvung der eigenen Unehrlichkeiten ist es, wenn die Nationalsozialisten vor den Nazis graulich machen, daß diese die Hand „nach der Gurgel der deutschen Unternehmer und Arbeitgeber“ ausstrecken.

Aber auch den kommunistischen Arbeitern sollte das Kundschreiben einiges sagen. Morgen sollen sie gemeinsam mit den Nazis zur Wahlurne gehen und mit „Ja“ stimmen. Als Entschädigung dafür wird man sie dann auf die Straße werfen. Es zeigt sich hier wieder, daß es kein Zusammengehen der Klassenbewußten Arbeiter mit den Nazis geben kann, um welche Frage es sich auch handeln mag.

Und deshalb kann es auch keine Beteiligung am Volksentscheid geben. Wer zur Wahl geht, unterstützt die Nazis, die größten Feinde der Arbeiterklasse!

„Judentregierung“

Im wilhelminischen Preußen, in dem die Bevölkerung in drei Klassen eingeteilt war, gab es weder eine Gleichberechtigung der Juden, noch eine Gleichberechtigung der Katholiken. Demals wählte der Staat nicht einmal die Anstellung eines Nachtwächters, geschweige eines Beamten, wenn sich dieser zur Sozialdemokratie, der weitans größten Partei des Landes, bekannt hätte. Es gab einen einzigen sozialdemokratischen Bürgermeister. Das neue Preußen hat sowohl den Männern wie den Frauen das gleiche geheime und freie Wahlrecht gegeben, wie es alle anderen Ungleichheiten und Degradierung der Staatsbürger beseitigte.

Keine größere Blige jedoch, als heute von einer Judentregierung zu sprechen. Seit 1920 ist nie ein Jude preußischer Minister gewesen. Unter den 12 Oberpräsidenten, 35 Regierungspräsidenten und über 400 preußischen Landräten befindet sich nicht ein einziger Jude. Unter rund 2000 sonstigen Verwaltungsbearbten sind ganze 25 Juden. Unter den Volksschullehrern gibt es kaum welche. An höheren Schulen ist der Prozentsatz jüdischer Lehrer geringer als der Prozentsatz jüdischer Schüler. Unter der preußischen Bevölkerung befinden sich ganze 1,1 Prozent Juden. Hilft alles nicht, die preußische Regierung und Verwaltung sind nach den Angaben der Nationalsozialisten verjudet.

„Judentregierung“, so heißt es heute wieder, wie einst auch die rechtsstehenden Gegner selbst einen Bismarck beschuldigt haben, von dem sie 1877 in einer Pingschrift sagten: „Der Kanzler gehört den Gründern und Juden an, daher fort mit diesem System und seinen Trägern.“
Weiteresagen!!!

Gegen die Nazi-Polizei in Sachsen

Dresden, 19. April (Eigener Drahtbericht)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im sächsischen Landtag eine Anzahl Anträge gestellt, in denen die Regierung aufgefordert wird, für einen besseren Schutz der friedliebenden Bevölkerung durch die Polizei zu sorgen und gegen die Beamten, die ihre Pflicht nicht tun, vorzugehen.

In den Anträgen wird u. a. darauf hingewiesen, daß am 31. März in Rainsdorf auf den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul Herzmann vier Schüsse abgegeben wurden. Der zufällige Gendarm, der sofort benachrichtigt wurde, erstickte erst 13 Stunden nach dem Vorfall an dem Tator und unterließ es, die politische Polizei und die Staatsanwaltschaft in Zwickau sofort in Kenntnis zu setzen. In der Stadt Wehrhau war bis zum 16. April das Braune Haus noch nicht geschlossen. Während bei einem Aufmarsch der Eisernen Front darauf geachtet wurde, daß nur aus der nächsten Umgebung Zugang zu den Kundgebungen erfolgt, sind die Polizeibehörden nicht eingeschritten, als zu den Hitlerfestmahlungen am 8. April Zugang aus Drien außerhalb Sachsens erfolgte. Am 12. und 13. März wurden in Zwickau SA-Formationen von zusammen 5000 Mann zusammengesogen. Trotzdem die Volkspolizei darauf aufmerksam gemacht wurde, trat sie keinerlei Maßnahmen, um die angesammelten Truppen aufzulösen und nach Waffen- und verbotenen Uniformstücken zu suchen. Der Gemeindevorstandmeister Päßler in Meusdorf in der Lausitz ist gleichzeitig Sturmabteilungsführer der NSDAP. Er hat am 4. April als Führer von 60 Nationalsozialisten eine Besammlung in Lautewalde planmäßig abgefragt wobei es einige Verletzte gab.

Röhm-Briefe

Von nationalsozialistischer Seite wird aus naheliegenden Gründen das Gerücht verbreitet, daß die „Röhm-Briefe“ beschlagnahmt seien und deren Verbreitung verboten und strafbar sei. Demgegenüber erklärt uns der Herausgeber der „Röhm-Briefe“, Dr. R. K. Berlin, daß an diesen Gerüchten, die lediglich zum Zweck der Einschüchterung in die Welt gesetzt werden, kein einziges wahres Wort ist. Die „Röhm-Briefe“ erscheinen weiter! Für die Herausgabe und die Verbreitung trägt Dr. K. allein die Verantwortung. Nicht jedes Einzelnen ist es, dafür zu sorgen, daß die Briefe und ihr Inhalt in die weiteste Öffentlichkeit getragen werden!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Betriebszellen-Abteilung
Ortsgruppe Bremen

Geschäftsstelle:
Bremen, Nembertstr. 31/32
Geschäftstelt: 10-20 Uhr
Telefon: Domsheide 20 012

Unsere Kampfslogungen:
„Arbeitertum“
„Der deutsche Arbeiter“
Bremser Nationalsozialistische Zeitung

Betriebszellen-Abteilung
Kundschreiben E. 1
Stellenbelegung.

Bremen, im Februar 1932.

Streng vertraulich!!

Sehr geehrter Parteigenosse!

Der Entscheidungskampf zwischen Marxismus und Nationalsozialismus nähert sich dem Endstadium. Jetzt gilt es, den Marxismus in seinen Grundfesten zu erschüttern. Durch einen halbjährhundertlangen Terror, der mit echt jüdischer, uns artfremder Unbulsamkeit durchgeführt wurde, verstanden es die Nazis, die Betriebe und Arbeitsstätten zu wahren Hochburgen für ihre volkszerüttende Lehre zu machen. Hier hielten sie dem andersdenkenden Arbeiter die Hand an die Gurgel. Unter der Parole: „Willst du nicht mein Bruder (Genosse) sein, so schlag ich dir den Schädel ein“ wurde mit allen nur denkbaren brutalen Mitteln der wehrlose deutsche Arbeiter ihrem Willen gefügig gemacht.

Mit diesem System gilt es endgültig Schluß zu machen. Noch sind nicht alle Arbeiter dem deutschen Vaterlande verloren, wenn ihnen die Ehre, die Brotstulle, der Lebensnerv ihrer Familie sichergestellt wird. Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation will hier Hand anlegen und den schon verlorenen Volksgenossen zurückgewinnen. Sehr gute Erfolge sind auch bereits erreicht; der Schlüsselpunkt unter das Kapitel des Klassenkampfes kann aber nur gezogen werden, wenn alle Volksgenossen, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, gegen den Feind der Volksgemeinschaft, den Marxismus, geschlossen Front machen.

Wir bitten Sie nun, werter Parteigenosse, sich in unsere Kampffront gegen den Marxismus, den freien Gewerkschaften, der sogenannten „Eisernen Front“ einzureihen. Sie können uns helfen dadurch, daß Sie in Ihrem Betriebe nur noch nationale Arbeitsträfte einstellen und beschäftigen und die bereits dort Tätigen vor dem Terror von links schützen. Es geht heute ums Ganze, dem marxistischen Terror ist notwenigfalls Terror von unserer Seite entgegenzusetzen.

Sollten Ihnen keine nationale Kräfte bekannt sein, sind wir gern bereit, Ihnen diese namhaft zu machen. Arbeiter, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, dürfen den deutschen Arbeitern das Brot im deutschen Vaterlande nicht schmälern. Mit falsch angebrachten Gefühlsbuseleien und tolerantem Uebersehen ist gegenüber der bekannten jüdisch-marxistischen Unbulsamkeit nicht weiterzukommen und die Hand, die auch nach der Gurgel der deutschen Unternehmer und Arbeitgeber laht, nicht abzuwehren.

Sollten Ihnen keine nationalen Kräfte bekannt sein, beachten Arbeiter in Ihrem Betriebsrat und Belegschaften persönlich, ja herbeizuziehen. Dann ist auch der durch die marxistischen Untriebe bereits verlorene Volksgenosse unserem Volk zurückgewonnen.

Mit Hittlichkeit

H. Schapp,
Ortsgruppen-Betriebswart.

Kostenlos bestant in arbeitswilligen Jungen und Vertretung vor den Arbeitsgerichten



Von Goethe zu Hitler? — Niemals!

Rettet die deutsche Kultur!

Das Auge der Welt ruht auf Deutschland. Goethe-Feiern in Paris und London, in Rom und Moskau, in Prag und Warschau, in New York und Tokio — in der ganzen Welt! Der Nationaldichter Deutschlands wird als Weltbürger und Weltbürger allerorts gefeiert. Mit dem „Faust“, seinem genialsten Dichterverk, gelang es Goethe, das zu erreichen, was dem Epikur mit seiner „gepanzerten Faust“ nicht gelungen ist, nicht gelingen konnte: die Weltanerkennung und die Weltverbreitung des deutschen Geistes, der deutschen Kulturwerte. Aber mit Erstaunen und mit Bewunderung fragt man sich: Und Hitler? Ist denn Goethe nur die glorreiche Vergangenheit des großen deutschen Volkes, und Hitler die öde Wirklichkeit?

Opfer und Tiefe der deutschen Kultur

Spiegeln sich in der drastischen Gegenüberstellung Goethe und Hitler wieder. Woher diese verhängnisvolle Degradierung von Goethe zu Hitler, vom Weltbürgertum zum „Rassismus“, von höchster Humanität zur widerwärtigsten Bestialität, vom „Faust“ Goethes zum Faustkultus Hitlers?

Was hat der Weltbürger Goethe mit dem „Rassisten“ Hitler gemeinsam?

Nichts, absolut nichts! Der Hindenburg-Ausruf zum Goethe-Jahr betonte: „Wie nach Goethes Meinung erst die Erfüllung im eigenen Volkstum Schwingkraft verleiht zum Einwerden mit der Welt, so ist sein Dichterverk als Stimme der Menschheit zur Weltsprache geworden, in der die Völker der Erde einander verstehen lernen.“ Aber der deutsche Nationalismus, insbesondere der Nationalsozialismus, weiß mit Goethe und seinem geistigen Vermächtnis wenig anzufangen:

Die Stimme der Menschheit — und der Fremdenhaß! Die Verflüchtigung der Völker — und die Kriegsbegehr!

Goethes Wissen der Menschheit und die hitlerische „Rassenlehre“! Zwei Welten, zwei Weltanschauungen, zwei Geistesverfassungen. Nach dem „Programm“ der NSDAP wird „rassenpolitisch“ gefordert: „Die Ausschließung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens. Wer nicht Deutscher ist, kann nur als Gast im deutschen Staate leben und steht unter Fremdenrecht.“ Dabei sind „Deutsche“ nur die, die „deutschen Blutes“ sind.

Der wahre Geist von Weimar, der Geist von Goethe und Schiller, ist mit dieser „Rassenlehre“ und mit dem Fremdenhaß der Hitler und Goebbels, der Rosenberg und Feder unvereinbar.

Der Geist der Klassiker, auf die sich Friedrich Ebert 1919 in Weimar berief, ist keineswegs mit dem Hagel des Nationalsozialismus, sondern nur mit dem Geist der Weimarer Verfassung vereinbar, die für die geistige Freiheit und den kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes in allen seinen Stämmen und Schichten eine Grundlage geschaffen hat. Der Nationalsozialismus ist ein Auswuchs des Spätkapitalismus — aber gleichzeitig das

Unkraut der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Daher die Verherrlichung des Krieges. Daher Hitlers These: „Das Schwert entscheidet.“ Daher der Kultus der rohen Gewalt. Daher die ungebändigte Diktaturgeheiß. Der Weltkrieg brachte eine katastrophale Verwüstung und völlige Verrohung mit sich. Es stellte sich heraus, daß die kulturellen Schäden des Krieges sich noch langsamer aus der Welt schaffen lassen als die Schäden materieller und humanitärer Natur. Aber nicht nur die geistige Barbarei, sondern auch die Demagogie und Lüge (Kriegslüge!) haben sich seit dem Weltkrieg verbreitet. In Deutschland mit den wehrererbten Romanen verhalten die Nationalsozialisten alle Bräunen der öffentlichen Meinung, alle Epochen des politischen Lebens. Die nach der Krise zurückgekehrten und in die Verengung getriebenen Massen des Mittelstandes, des Bauernstandes, der Kleinrentner, und zum Teil der Arbeiterklasse, fallen nach der gemäßigten, menschenwürdigen, humanen Demagogie zum Opfer. Ihre Zustimmung ist alles erlaubt. Nicht nur die Erziehung, sondern auch die Wissenschaften werden verunstaltet.

Wer erinnert sich nicht der berühmten Kephiso-Szene in Querbachs Keller zu Leipzig?

An dieses Bild erinnert unwillkürlich, wer sich mit der unglaublichen Demagogie des nationalsozialistischen „Programms“ vertraut macht. Jedem — dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber, dem Handwerker und dem Großkapitalisten, dem Bauern und dem Großagrarien, dem Beamten und dem Akademiker, dem Jugendlichen und dem Altersinvaliden wird feierlich und unwiderruflich (das „Programm der NSDAP“ ist als unabänderlich proklamiert worden!) alles versprochen, was sie nur wünschen — ohne Rücksicht darauf, ob diese Versprechen erfüllbar sind oder sich gegenseitig in der tollsten Weise widersprechen, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Hand in Hand mit solcher Demagogie geht bei den Nazis

die Predigt und Praktik des Bürgerkrieges.

Die Verwilderung und Verrohung des politischen Kampfes wird zum Prinzip erhoben. Man wirft den verruchten Marxisten, den Sozialdemokraten, „kulturwidrigen Klassenkampf“ vor. In Wahrheit steht der Klassenkampf der organisierten Arbeiterklasse turmhoch über der nationalsozialistischen Praxis; er hat nichts gemein mit Faustrecht, Winkelgassenkrieg, Mord und Bürgerkrieg, den die Nationalsozialisten predigen. Am größten kommt die kulturwidrige Betätigung der Nationalsozialisten in der

Verfälschung der Hochschulen

zum Ausdruck. Der Diktaturgedanke feiert seine Orgien unter der studierenden Jugend, obwohl „die Pflicht die Macht vor der Verantwortung ist“, wie es der preußische Kultusminister Grimme so trefflich formuliert hat.

Hell Hitler! Dem faschistischen „Führergebanten“ wird von der akademischen Jugend gedankenlos Folge geleistet. Es ist eine Schande für die deutsche Kultur, daß Fälle wie die Hebe gegen die Ernennung von Professor Gumbel in Heidelberg, gegen den Professor Dehn in Halle, gegen den alten Theologen Prof. Baumgarten in Kiel usw. möglich waren. Es ist Recht und Pflicht des demokratischen Staates, dem jeder Studierende jährlich 1200 Mark festsetzt, sich gegen diese Unkultur in den Universitäten mit aller Schärfe zu wenden.

Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der faschistischen Verfälschung der Hochschulen! Mit Recht führte Otto Braun am 17. März dieses Jahres im Landtag aus:

„Wir dürfen nicht dulden, daß an den Hochschulen der Primat der Faust dem Primat des Kopfes übergeordnet wird. Früher war der Schlagring des Altkämpfers gewissermaßen der Kampfplatz. Heute ist er auch das Altkämpfer gewissermaßen national nennender studierender Kreise geworden.“

Der Kulturterror in den Universitäten wird von der Faschisierung der höheren und Volkshochschulen begleitet. Ganz besonders unerträglich ist vom kulturellen Standpunkt die Verfälschung der höheren Berufsschulen durch die nationalsozialistische Propaganda, die verantwortungslos die Leidenschaften zum Bruderkampf aufreizt. Im neuesten Nazi-Lied, das ausgerechnet in der Stadt Goethes gedichtet wurde, heißt es:

„Wenn der Sturmjäger zu Felde zieht,
Dann hat er streben Mut!
Und wenn das Indenblut vom Messer spricht,
Dann geht's nochmal so gut!“

Eine neue nationalsozialistische „Kultur“. Keine Frage: Im „Dritten Reich“ wird jeder, der nicht auf das Halentreuz schwört, aus den Lehrkörpern der Universitäten und der Schulen, aus allen anderen wissenschaftlichen Instituten, Akademien, Vorbereitungsanstalten, aus dem Richterpersonal und Beamtenstand ausgestoßen. Zeitungen, Bücher, Theater, Museen werden uniformiert, entseelt, faschisiert.

Die Kultur ist in Gefahr!

Aber das deutsche Volk und vor allem das deutsche Proletariat wird sich nicht gefallen lassen, daß der Geist von Weimar durch den Geist von Berlin abgelöst wird. Niemals! Die geistige Freiheit, die in jahrhundertlangen Ringen vom schaffenden Volk erkämpft wurde, wird im Nazi-Barbaren nicht preisgegeben werden.

Die Rettung der kulturellen Lebenswelt ist ein wirtschaftlicher Kampf.

In dieser Hinsicht hat das Reich Otto Brauns, Karl Geheilig und andere, die sich um den Geist der Volkshochschule und Kulturförderung herausragendes geleistet. Trotz

der ungünstigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit wuchs der Anteil der Ausgaben für das Kultusministerium im Gesamthaushalt des Staates um:

1913	32,4 Prozent
1925	38,22 „
1927	41,4 „
1928	42,5 „
1929	43,7 „

Dabei nahm der verarmte freie Staat den Gemeinden eine größere Last ab als das reiche königliche Preußen: 1911 mußten die Gemeinden 238 Millionen der Schullasten aufbringen, der Staat nur 100 Millionen; 1929 betrug die Schullaufwendungen der Gemeinden 287,9 und die des Staates 484,9 Millionen! Selbst für 1932 — also inmitten der schärfsten Krise — weist die Ausgabenliste des gesamten preußischen Staatshaushaltes unter 2,1 Milliarden Mark insgesamt rund ein Drittel, nämlich 740 Millionen, für Kulturausgaben aus. Mit Recht betonte Otto Braun im Landtag:

„Wenn bei uns der Analphabetismus so verbreitet wäre wie in gewissen Diktatorländern, könnten wir viele Ausgaben sparen!“

Es erübrigt sich, auf Einzelheiten einzugehen. Unwiderleglich ist, daß im Vergleich zum königlichen Preußen vom republikanischen Preußen eine Kulturarbeit geleistet wird, die sich sehen lassen kann.

Demokratie und Kultur gehören zusammen.

Ohne Kultur bleibt Demokratie ein leeres Wort. Ohne Demokratie kann die Kultur nicht gedeihen, es sei denn als Kultur der Oberschicht der Gesellschaft. Aber die Zeit der Weimarer Hofkultur ist vorüber. In seiner Programmrede vom 31. März 1930 führte der preußische Kultusminister Grimme mit Recht aus:

„Der ständige Stolz der Demokratie verlangt, daß führende Persönlichkeiten aus allen Schichten der Bevölkerung erwacht. Nur der Staat verdient den Ehrentitel einer Demokratie, der gleiche Möglichkeiten für alle schafft, zu den Bildungsgütern zu gelangen. Es gilt, die Ausweglosigkeit der nichtbestehenden Schichten aus ihrer seelischen Not wegzuschaffen.“

Demokratie und Kultur gehören zusammen. Gerade darum bedeutet der Nationalsozialismus die größte Gefahr für die Kultur. Der freie demokratische Staat ist die Voraussetzung der modernen Kulturentwicklung. Demokratie und Kultur gehören zusammen. Aber ebenso

Sozialismus und Kultur.

Erst der Sozialismus, der die Lohnsklaverei und die materielle Not von Millionen Werttätigen beseitigt, wird eine ganz neue Grundlage für die Kulturentwicklung der Menschheit schaffen. Der Sozialismus bedeutet die endgültige Befreiung des menschlichen Geistes, volle geistige Freiheit, nicht nur formelle, sondern tatsächliche gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle.

Was für Goethe eine Vision der neuen Gesellschaftsordnung war: ein freies Volk auf freiem Grund, — das ist das Ideal, das Ziel, das Programm der Sozialdemokratie. Die neue Gesellschaftsordnung, die eine höhere Kultur im nationalen und internationalen Rahmen bringen wird, muß erkämpft werden gegen die herrschenden Klassen.

Der Kampf um Preußen

Ist daher nicht nur der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Faschismus bedroht werden, er ist nicht nur der Kampf um die Staatsmacht, sondern er ist ein Kampf um höhere Werte — der Kampf um die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer neuen, höheren Kultur. Alle Arbeiter und Angestellte, alle Kopf- und Handarbeiter, alle Bürger des neuen Staates, die auf Kultur, geistige Freiheit und Ansehen Deutschlands in der zivilisierten Welt Wert legen, müssen die Sozialdemokratie in ihrem Abwehrkampf gegen die faschistische Kulturgefahr aktiv unterstützen.

Die Lösung des Tages ist:

Schlagt den Faschismus! Rettet die deutsche Freiheit!
Schlagt den Faschismus! Rettet die deutsche Demokratie!
Schlagt den Faschismus! Rettet die deutsche Kultur!

Schlagt die Nazis!

Schlagt den verwerflichen Sozialismus den Weg!

Zu dem Urteil im Berliner Bilder-Fälschungsprozess

A. Kr. Das gestern an dieser Stelle veröffentlichte Urteil des Landgerichts Berlin, in dem der Berliner Kunsthändler Wacker wegen der Fälschung von Bildern des berühmten Malers van Gogh verurteilt worden ist, ist unserer Meinung nach unhaltbar. Es ist ein Urteil, das wieder einmal einen Angeklagten verurteilt, ohne daß das Gericht den Beweis seiner Schuld auch nur einigermaßen erbringen konnte.

Weber ist unseres Erachtens bewiesen, daß es sich bei den streitigen Gemälden in allen Fällen um gefälschte Bilder handelt, noch ist der Beweis gelungen, daß, wenn die Bilder gefälscht sind, der Angeklagte das gewußt hat und sie trotzdem als echte verkauft bzw. daß er sie selber gefälscht hat.

Frage: Sind die Bilder wirklich gefälscht? Inbezug auf einen Teil von ihnen scheint das festzustellen. Denn inbezug auf sie waren sich alle Sachverständigen einig. Inbezug auf einen anderen Teil steht darüber aber tatsächlich gar nichts fest. Ueber sie haben sich die verschiedenen Sachverständigen in einem solchen Ausmaß widersprochen, daß auf ihre Gutachten irgend eine Feststellung überhaupt nicht gegründet werden kann. Um deunoch das Gefälschtsein auch dieser Bilder behaupten zu können, hat sich denn auch das Gericht ganz einfach selbst erlaubt, ein eigenes Sachverständigenurteil in dieser Frage abzugeben, indem es zugleich in mehr als hundert Fällen alle die Gutachten, insbesondere die der holländischen Sachverständigen, die ihm nicht in den Ram passen, beiseite schob, obwohl es sich bei diesen Sachverständigen um international angesehene, besonders intime Kenner der Bilder van Goghs handelt. Das ist ein Willkürakt. Er zeigt von einem Selbstgefühl, über das man nur staunen kann.

Aber selbst wenn man nur die Gutachten der anderen Sachverständigen, also hauptsächlich der deutschen, gelten läßt, so zeigen auch ihre Meinung inbezug auf eine Reihe von Bildern völlig auseinander. Außerdem bleibt die Tatsache bestehen, daß auch von ihnen mehrere Bilder als echt anerkannt worden sind. Sind nun aber überhaupt echte Bilder unter den umstrittenen, so kann sie jedenfalls nicht alle der Angeklagte selbst angefertigt haben, dann muß irgend ein Verkäufer dieser Bilder vorhanden sein. Nimmt man hinzu, daß auch gar nicht der Beweis geführt worden ist, ja nicht einmal ernstlich versucht wurde, daß der Angeklagte irgend eines der Bilder selbst angefertigt hat, so bleibt keine andere Möglichkeit, als anzunehmen, daß er sie alle gekauft hat. Unter diesen Umständen aber kann man nicht davon sprechen, daß die Persönlichkeit, auf die er sich als den Verkäufer bezieht, der sogenannte große Unbekannte ist. Von einem großen Unbekannten pflegt man zu sprechen, wenn überhaupt niemand da ist und ein Angeklagter sich dennoch auf eine völlig erfundene Person bezieht. Hier aber ist auf jeden Fall ein Verkäufer vorhanden gewesen, und es kann sich nur darum handeln, ob der Angeklagte über ihn falsche Angaben gemacht hat. Da aber der Angeklagte ja nicht seine Unschuld beweisen muß, sondern da ihm das Gericht seine Schuld zu beweisen hat, so müssen ihm von jedem Gericht solange seine Angaben über den Verkäufer geglaubt werden, als das Gericht sie nicht unmittelbar zu widerlegen vermag. Und das vermochte das Gericht in keiner Weise. Was das Gericht darüber in der Urteilsbegründung sagt, sind Behauptungen, die auf bloßen Vermutungen beruhen und für die in der Verhandlung kein Beweis geliefert wurde. Im Gegenteil: es sind sogar von einigen Zeugen, zum Beispiel von dem Sachverständigen Meyer-Gräfe, einem in der Kunstwelt außerordentlich angesehenen Mann, Tatsachen angegeben worden, die durchaus als Indizien für die Richtigkeit der Behauptungen des Angeklagten über den Verkäufer angesehen werden müssen. Aber ein Verkäufer der Bilder vorhanden, so muß das Gericht, wenn es den Angeklagten verurteilen will, beweisen, daß dieser Verkäufer entweder selbst der Fälscher war oder von den Fälschungen gewußt hat, und weiter, daß auch von ihm dann der Angeklagte es erfuhr bzw. daß der Angeklagte es auf Grund der Persönlichkeit des Verkäufers annehmen mußte. Für alles das ist auch kein Beweis vorhanden. Solange das Gericht den Verkäufer garnicht kennt, obwohl ein solcher vorhanden ist, solange kann auch nicht behauptet werden, daß der Angeklagte von den Fälschungen gewußt hat.

Hinzu kommt noch, daß die zahlreichen Sachverständigenurteile im Grunde überhaupt nichts anderes erweisen haben, als daß irgendwelche frühere Feststellungen über die Echtheit oder Nicht-Echtheit der umstrittenen Bilder überhaupt nicht gemacht werden können. Zwei der angesehensten deutschen Maler haben sich inbezug auf die Malweise der Bilder direkt widersprochen. Auch über die technischen (physikalisch-chemischen) Eigenschaften der Bilder sind keine einmündigen Feststellungen gemacht worden. Denn auch hier wurde von anderen technischen Sachverständigen der Feststellung des einen Technikers widersprochen. So kam es, daß einzelne Bilder von den einen für falsch, von den anderen für echt, andere wieder von den anderen für falsch und von den einen für echt erklärt worden sind. Auch in künstlerischer Beziehung zeigte sich, daß die Sachverständigen keine einheitliche Meinung über die Bilder haben. Hinzu kam, daß ein auslaändischer Fachdatist behauptete, auf einem der angeblich gefälschten Bilder sei ein Daumenabdruck von Gogh zu finden, was allerdings ein deutscher Datist sofort wieder bestritt. Ferner wurde festgestellt, daß sich auch heute noch zahlreiche unbekannte Bilder von van Gogh draußen herumtreiben und daß van Gogh viele Bilder gemalt und verkauft hat, über die es keinerlei Aufzeichnungen gibt. Wie kann man dem Angeklagten nicht glauben, daß er die Bilder für echt gehalten hat, wenn sogar eine so große Anzahl hervorragender Sachverständiger sie jahrelang für echt gehalten hat und wenn sich diese Sachverständigen auch heute noch aber auch in jedem Punkte in der unglücklichsten Weise widersprechen. Ja, zwei der deutschen Sachverständigen haben sogar einen von Gogh für falsch erklärt, den Geheimrat J. K. S., der Direktor der Nationalgalerie aus seinen Galeriebeständen als Beispiel eines wirklich echten van Gogh dem Gericht vorgeführt hat.

Und auf diese früheren Unterlagen hin schickt ein deutsches Gericht einen Menschen auf ein Jahr lang ins Gefängnis. Und das tut das Gericht, obwohl in den letzten Jahren immer wieder Fälle bekannt geworden sind, bei denen die später herausstellte, daß die Angeklagten zu Unrecht, auf Grund eines ganz unzutreffenden Tatbestandes, verurteilt worden sind. Trotzdem also häufig zu ungesetzlicher Verurteilung und Zurückhaltung für das Gericht gesehen war, hat das Gericht im Gegenteil gerade wieder auf Grund sehr unzuverlässiger Unterlagen sein Urteil gesprochen. Wahrscheinlich dieses Urteil bildet kein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Justiz.

San Gogh-Bericht

Der vom Schöffengericht Berlin-Wille zu einem Jahre Gefängnis verurteilte Kunsthändler Wacker, dem der Verlust von 20 gefälschten van Gogh-Bildern zur Last gelegt worden war, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Die Freiheit und Sorgen

In der Fremde der Welt ist es das in der Zeit und Auslande bekannte Holzhändler Dr. Schmidt, der in einer von 60 Jahren auf seinen Besitz, einem der wichtigsten Aktien- und Geschäftsgeschäften, den im April in der Zeit der Welt ist es das in der Zeit...

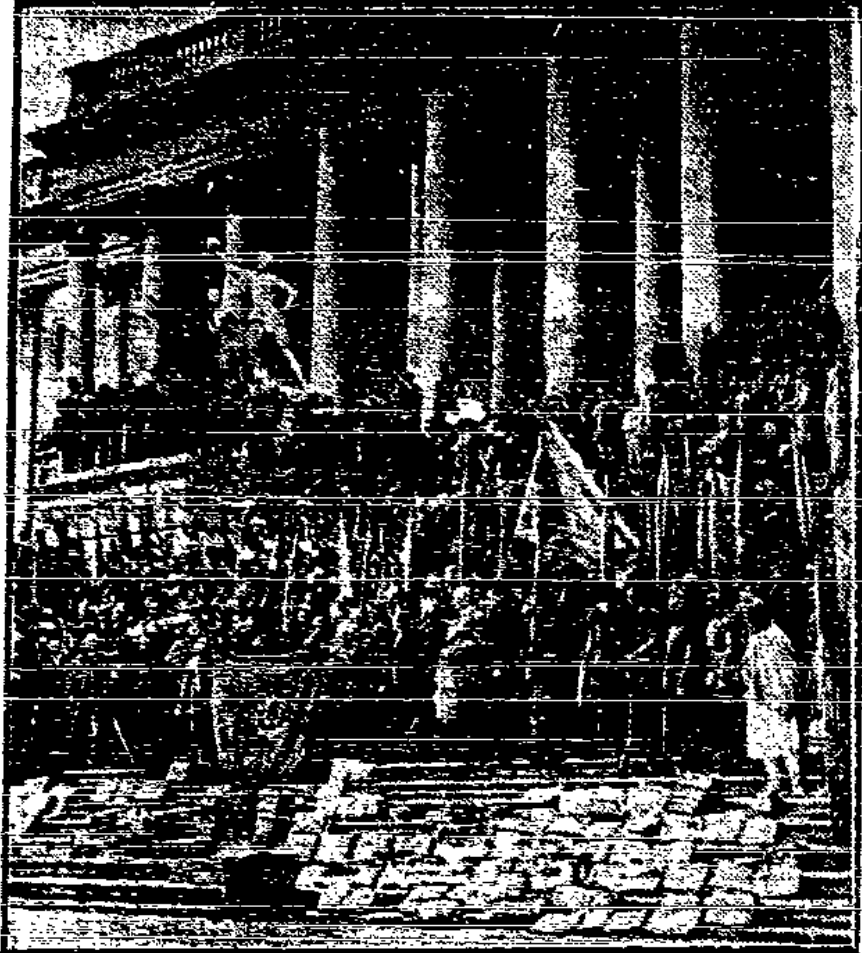
Die Bergsturz-Katastrophe bei Cochem

Wie zu der Bergsturz-Katastrophe bei Cochem weiter bekannt wird, war der Berg bereits in den letzten Tagen überaus unruhig. Ständig stürzten kleinere und größere Felsmassen zu Tal. Im Laufe des Dienstags stellten Beobachtungen fest, daß sich die Spalten im Berggründen um etwa einen halben Meter verbreitert hatten. Gegen 18 Uhr ereigneten sich weiter größere Abstürze, wobei die ersten Gesteinsmassen die Straße erreichten. Beim Eintritt der Dunkelheit ließ die Stadtverwaltung die Gefahrenstelle mit einem Scheinwerfer beleuchten. Am Bergabhang zeigte sich eine immer regere Tätigkeit der Felsmassen, die sich besonders an den beiden Seiten des Bergmassivs abließen. Kurz vor 23 Uhr lösten sich dann am Fuß des Felsen ungeheure Gesteinsmassen, und der Berg setzte sich in Bewegung. Unter donnerartigem Getöse stürzten die Felsmassen ins Tal. Hohe Stiehlammen stürzten aus dem Chaos, die durch die Zerstörung der Stromleitungen verursacht worden waren. Gleichzeitig erfolgte der Scheinwerfer, der an die Stromleitung angegeschlossen war. Als die Lichtleitung

nach kurzer Zeit wieder hergestellt war, waren nur noch ungeheure Geröllmassen zu sehen, über denen bis weit ins Tal hinaus dicke Staubwolken lagerten. Die Provinzial-Landstrasse ist über und über von Felsmassen bedeckt. Davor sind sich noch Gesteinsmassen ab und stürzen über die Geröllhalde in die hoch aufragende Mosel.

Der Berg ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Er scheint sich mit wahrnehmbarer Sicherheit ein weiterer Abbruch vorzubereiten. Da die abgestürzten Erdmassen die Straßen überdecken, wird der gesamte Verkehr über die Cochemer Brücke auf das einseitige Moselufer umgeleitet. Die Räumungsarbeiten konnten noch nicht in Angriff genommen werden, da dauernde Erd- und Felsmassen zu Tal rollen. Die Höhe des abgestürzten Bergteiles beträgt 115 Meter, die Länge 200, die Tiefe der Grundfläche 180 Meter. Gerade gestern sollte eine Kommission an Ort und Stelle prüfen, ob sich eine Sprengung des Cochemer Berges empfehle, um weiteres Unheil zu verhindern. Der Berg hat die Frage selbst entchieden.

Amerikanische Kriegsteilnehmer demonstrieren vor dem Kapitol



Abordnungen der Kriegsteilnehmerverbände aus allen Teilen der vereinigten Staaten demonstrieren kürzlich vor dem Kapitol in Washington und überreichten Bittschriften — in unserem Bilde vorne zu sehen — die im Namen von 2 1/2 Mill. ehemaligen Kriegsteilnehmern die Einführung der sogenannten Heldenrente fordern. Diese Rente ist Anfang des Krieges den Kriegsteilnehmern zugesagt worden, konnte aber bisher wegen des schlechten Staatshaushaltes noch nicht gezahlt werden.

Das Großfeuer auf dem städtischen Schlachtviehbof in Halle

Aus bisher noch unbekannter Ursache entstand gestern nachmittags auf dem städtischen Schlachtviehbof in den allen Kühlhöfen, in denen zurzeit Umbauten vorgenommen werden, ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die gesamte Halle wurde in wenigen Augenblicken in hellen Flammen gefasst. Die gesamte Feuerwehre ist am Brandort erschienen; aus 15 Schlauchleitungen werden unaufhörlich gewaltige Wassermengen in das brennende Gebäude geschleudert, dessen Dachstuhl in einer Ausdehnung von etwa 60 Metern in hellen Flammen steht. Ein Bauarbeiter wurde mit Brandverletzungen in das Krankenhaus geschafft. Der Brandhader wird nach vorläufigen Schätzungen schon jetzt mit etwa 100 000 Mark angesetzt.

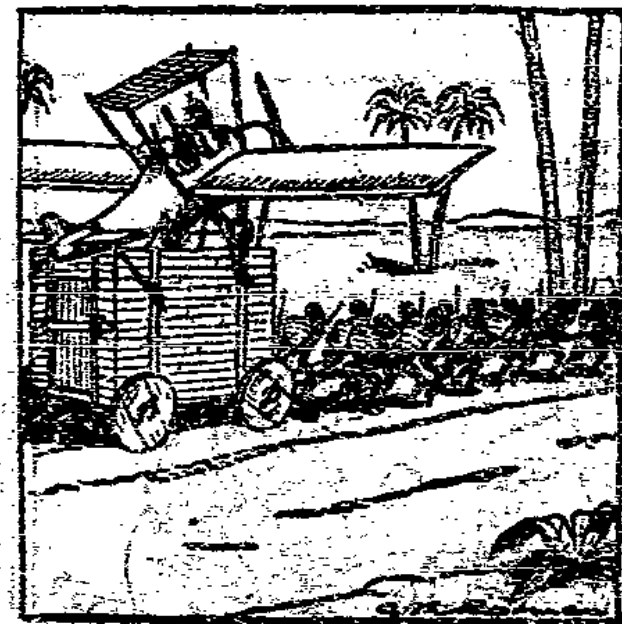
Gleich gegen Sarcofani

Die Direktion des Zirkus Gleich hat den Zirkusdirektor Hans Sarcofani wegen verleumderischer Beleidigung verklagt. Sarcofani soll im Anschluß an die Antwerpener Brandkatastrophe behauptet haben, daß das Unglück auf Brandstiftung zurückzuführen sei und daß vermutlich ein Kasseakt des konkurrierenden Zirkus Gleich verlegt.

Kapitän Klackebusch auf der Löwenjagd

Von G. Th. Notman.

(Kladdruck verboten.)



...aber er soll ... werden wir mit dem ...

...Aber schließlich waren sie doch ... Der Kapitän ...